

Schweriner Volkszeitung Wochenend-Magazin

SONNABEND/SONNTAG, 15./16. JUNI 2013

Gedankenfreiheit mit Öko-Siegel

BERLIN Unlängst hat das Bundesumweltamt mehrere Journalisten und Wissenschaftler namentlich an den Pranger gestellt, weil sie in der Klimadebatte eine abweichende Position vertreten. Der zuständige Bundesumweltminister Altmaier, ein gewichtiger CDU-Mann, stellt sich hinter die grün durchwucherte Behörde. Ein paar Kolumnisten protestieren zwar gegen die mit Steuergeldern finanzierte Staatspropaganda. Doch sonst passiert nichts. Der Rest der Journaille, die sonst willig auf jeder Skandalisierungswelle surft, findet diesen dreisten Akt staatliche Bevormundung nicht anstößig. „Klimaleugner“ muss man „Klimaleugner“ nennen, denken sie wohl – und fühlen sich in ihrem eigenen Denken bestätigt. Auch wenn diese nur bestreiten, dass die errechnete Klimaerwärmung nicht allein von Menschen verursacht ist.

Dieses Beispiel belegt, wie sehr die Pressefreiheit auch in Deutschland in Gefahr ist. Nicht, weil ein machtloser Bundespräsident bei einem machtbewussten Chefredakteur um Gnade fleht. Auch nicht, weil Verlagsmanager krampfhaft nach „neuen Erlösquellen“ suchen, die Werbekunden zur Grenzüberschreitung ermuntern. Und schon gar nicht, weil üble Mächte mutige Journalisten drangsaliieren. Nein, bei uns wird die

Pressefreiheit von innen ausgehöhlt. Und zwar von denen, die vorgeben, das Recht auf freie Meinungsbildung zu verteidigen. Denn zur Pressefreiheit, die im Grundgesetz Artikel 5 verankert ist, gehört die innere Pressefreiheit. Diese wiederum besagt nicht nur, dass Redaktionen unabhängig von wirtschaftlichen Zwängen der Wahrheit auf den Grund gehen sollen. Das Privileg der Unabhängigkeit verlangt auch, dass die Rechercheure und Meinungsmacher unvoreingenommen an alle wichtigen Themen herangehen. Frei nach dem Grundsatz des einstigen Tagesthemen-Moderators Hans Joachim Friedrichs: „Mache dich mit keiner Sache gemein. Auch nicht mit der guten!“

Genau an dieser Distanz fehlt es. In den Verlagshäusern und Rundfunkanstalten werden derzeit die Alt- und Jung-68er von der Generation Greenpeace abgelöst. Sie ist mit der ständigen Apokalypse aufgewachsen. Der grüne Alarmismus ist ihnen in Fleisch und Blut übergegangen. Das ist viel schlimmer als eine Gleichschaltung, wie man sie aus autoritären Staaten kennt: Diese Generation, die mittlerweile in vielen Redaktionen das Sagen hat, ist sich ihrer eingeschränkten Wahrnehmung gar nicht mehr bewusst. Sie denken vornehmlich in Freund-Feind-Kategorien und teilt die Welt am

liebsten in Gut und Böse ein. Gut ist alles, was den Genderrichtlinien entspricht, mit einem blauen Engel bemäntelt ist, „mehr sozialer Gerechtigkeit“ verheißt und vor allem „gegen Rechts“ klare Kante zeigen.

So hecheln die Dauerbesorgten im medialen Geleitzug von Skandal zu Skandal. Stets die drohende Klimakatastrophe, die Menschheitsvergiftung oder die anstehende Machtübernahme durch Horden von Neonazis vor Augen. Während die negativen Folgen einer ungesteuerten Zuwanderung am liebsten ausgeblendet oder den Deutschen selbst angelastet werden, wird jede abfällige Bemerkung zum „rassistischen“ Fanal aufgebauscht. Die „Deutsche Armutskonferenz“, die von Gewerkschaften und Sozialverbänden getragen wird, kann offen zur Verbanung von „sozialen Unwörtern“ aufrufen, ohne dass es einen medialen Aufschrei gibt. Der blieb auch aus, als der „Antirassismus-Ausschuss“ der Vereinten Nationen die deutsche Regierung doch umwunden aufgefordert hat, Thilo Sarrazin („Deutschland schafft sich ab“) einen Maulkorb umzuhängen, weil sich dieser kritisch über die Integrationsfähigkeit von Türken und Arabern äußert. Meinungsfreiheit? Nicht doch für „latente Rassisten“.

Jede Volontärin (und es sind

überwiegend weibliche Berufsanfängerinnen mit gesellschaftskritischem Studium) muss ihre Kompetenz erst einmal dadurch beweisen, dass sie einen Winkel ausfindig macht, in dem Frauen „noch immer furchtbar benachteiligt werden“. So bestätigt sich die stark feminisierte Branche in ihrer Elendswahrnehmung selbst. Warnungen von Greenpeace, BUND oder einer öko-sozialen Nichtregierungsorganisation werden ungeprüft übernommen. Manipulativen Lobbyismus betreiben selbstverständlich nur die gierigen Wirtschaftskonzerne. Das Schreckgespenst schlechthin sind Atom-, Rüstungs- oder Bankenlobby oder die böse Pharmaindustrie.

Dass es auch eine mächtige Öko- und Soziallobby gibt, wird von der Journalistengeneration G (Greenpeace, Gender, Gerechtigkeit) großzügig ignoriert. Brav betet eine überwiegend städtische Nerd-Bohème die Segnungen der „Energiewende“ nach und sieht gar nicht mehr, wie die Landschaft draußen vermaist und verspargelt wird. Artenschutz? Lärmschutz? Denkmalschutz? Naturschutz? Egal, Hauptsache die Ignoranz der eignen Grundsätze lässt sich mit einem Ökolabel verbrämen. Wenn Solar-Kapitalisten wie Frank Asbeck von TV-Plaudertasche Gottschalk ein Millionen teures Schloß am

Rhein kauft, obwohl dessen Unternehmen Solarworld gerade gegen die Insolvenz kämpft, ist dies allenfalls ein paar kritischen Wirtschaftsjournalisten eine Notiz wert. Grüne Spekulanten sind eben gute Spekulanten. Deren hohe Renditen stellt man ungerne in Frage.

Schließlich bekennt sich jeder dritte Journalist zur Partei „Die Grünen“. In den Wahlkabinen dürften es wohl noch mehr sein. Für einen Berufsstand, der sich eigentlich der Neutralität verpflichtet fühlt, eine erstaunliche Parteinahme. Wer in einer Redaktion hingegen als „neoliberal“ oder – noch schlimmer – als „konservativ“ eingestuft wird, sitzt am Mittagstisch bald alleine. Das erklärt die zunehmende Distanz zu Lesern, die sich in ihrer Lebenswelt medial nicht mehr abgebildet sehen. Und den Reaktionsbeamten bei ARD und ZDF ist die Befindlichkeit der Kundschaft ohnehin egal. Hauptsache, der Haushaltsabgabe kann sich niemand entziehen.

Dass die Euro-kritische Bewegung „Alternative für Deutschland“ sogleich in die rechtsnationale Ecke gestellt wird, ist daher nur folgerichtig: Vom moralischen Hochsitz aus betrachtet ist alles verdächtig, was nicht dem öko-sozialen Hegemoniedenken entspricht. Kaum eine Talkrunde, bei der Gysi, Wagenknecht &

Co. nicht ihren Enteignungsphantasien freien Lauf lassen und damit gegen die Verfassung (Artikel 14,1) verstoßen dürfen. Stets unterstützt von vermeintlichen Opfern des Kapitalismus, die auf der „Betroffenen-Couch“ ihr Klage lied anstimmen. Vertreter des sogenannten bürgerlichen Lagers sitzen, wenn überhaupt, vornehmlich auf der Anklagebank. Gestandene Unternehmer meiden daher die medialen Tribunale ganz – und vergeben so die Chance, der anderen Seite des Wirtschaftens Gehör zu verschaffen.

Das alles mag dem Zeitgeist gehorchen. Der breiten Meinungsbildung dient es nicht. Mehr vom immer Gleichen ist noch lange keine Vielfalt. Dieser Konformismus lähmt und langweilt. Aus dem beobachtenden Journalismus ist ein mitfühlender geworden: Am Anfang steht die „richtige“ These, für welche die „Aufklärer“ dann die passenden Argumente sucht. Ein abwägendes Pro und Contra ist nicht mehr zeitgemäß, obwohl genau das von dem Mediennutzern erwartet wird.

Die Akademisierung der Redaktionen hat das journalistische Niveau nicht erhöht. Ihnen fehlt es an gesellschaftlicher Breite. Ein paar Leute, die mit Zahlen nicht auf Kriegsfuß stehen, würden helfen, Risiken und Chancen aktueller „Skandalthemen“ realistisch abzu-

wägen. Sie würden es den Grünen nicht durchgehen lassen, wenn diese zum Jahrestag der Reaktorkatastrophe von Fukushima die 16 000 Todesopfer der Flutwelle den havarierten Reaktoren anzulasten, also locker mal zu Strahlungsoffern umdeuten. Sie würden Fakten prüfen, anstatt politisch gefärbte Emotionen zu transportieren. Doch als die Uno Ende Mai 2013 in ihrem Abschlussbericht zu dem Ergebnis kommt, dass durch das Reaktorunglück weder Menschen getötet wurden noch langfristige schwere Strahlenschäden zu befürchten sind, ist dies vielen Medien allenfalls eine kleine Meldung auf den hinteren Seiten wert. Wenn überhaupt.

Oft wäre es schon hilfreich, die Quellen zu prüfen und diese eindeutig zu benennen, anstatt sich hinter anonymen „Experten“ zu verstecken. Man stelle sich vor, jede Behauptung müsste mit einer Fußnote am Ende eines Textes belegt werden. Mit Name, Funktion und Medium. Dann wäre schnell offenbar, welche Journalisten der Sache wirklich auf den Grund gehen – und wer nur von wem abschreibt.



Wolfgang Bok setzt sich streitbar mit gesellschaftlichen Themen auseinander. Ihre Meinung zur Meinung an:

chefredaktion@svz.de